

Verabschiedet am 22.05.2017 von der FDP-Parteipräsidentenkonferenz.

## Plan B nach der Ablehnung der Rentenreform

### AHV sanieren, statt ruinieren

Eine hauchdünne Mehrheit des Parlamentes hat anstatt einer Reform der Altersvorsorge eine Ausbaumvorlage verabschiedet, welche die demographischen Probleme der AHV vergrössert statt verkleinert, das BVG schwächt statt stärkt und wichtige Modernisierungen verschläft. Mit der „Reform“ beträgt das AHV-Umlagedefizit bereits 2027 wieder eine Milliarde Franken. Dieses steigt aufgrund der demographischen Entwicklung und der AHV-Erhöhungen rasant an: 2030 sind es drei Milliarden, 2035 beträgt das jährliche Umlagedefizit sieben Milliarden. Einer solchen Vorlage konnte die FDP-Fraktion im Parlament nicht zustimmen, zumal bessere Lösungen auf dem Tisch lagen. Nach der Ablehnung der Rentenreform am 24. September 2017 sollen Bundesrat und Parlament, statt einer erneuten Mammutvorlage, vermittelbare und vor allem generationengerechte, voneinander unabhängige Reformpakete verabschieden, um unsere Altersvorsorge rasch zu stabilisieren.

#### 1. Gewerkschaftsarithmetik sabotiert den Generationenvertrag

Mit Gewerkschaftsarithmetik scheint alles möglich: Keine Kosten, hohe Renten und ein tiefes Rentenalter. Die Regeln des Grundschulrechnens lassen sich aber nicht nach Belieben aushebeln – man kann das Rentensystem nicht ausbauen, wenn man es eigentlich sanieren müsste. Die Folgen falscher Entscheidungen bleiben lange unsichtbar – doch sind die Schuldenberge einmal da, sind die notwendigen Kurskorrekturen schmerzhaft. Soweit wird es kommen, wenn die Altersvorsorge2020 angenommen wird. Wegen dem Renteneintritt der Babyboomer-Generation steht die AHV heute vor der grössten finanziellen Herausforderung ihrer Geschichte. Mit dieser Ausgangslage ist eine Erhöhung der AHV-Renten nach dem Giesskannenprinzip verantwortungslos gegenüber den späteren Generationen, denn wir schieben ihnen noch grössere Probleme zu, als jene, die wir heute zu lösen versuchen. Die Reform finanziert die AHV-Erhöhungen nur bis 2030. Damit wirkt die Altersvorsorge2020 auf die AHV-Finzen wie ein Sprungbrett vor einem leeren Schwimmbad. Eine solche „Nach-mir-die-Sintflut-Politik“ ist ein Angriff auf den Generationenvertrag und ist gerade bei den Sozialwerken entschieden abzulehnen.

#### 2. Nein zur Abschaffung der beruflichen Vorsorge

Die Linken wollen aus ideologischen Gründen die AHV stärken und das BVG schwächen. Mit der Altersvorsorge2020 wollen sie einen Präzedenzfall für spätere Reformen schaffen: Ihr Ziel ist, langfristig eine „Einheitsrente“ und damit die Abschaffung der beruflichen Vorsorge zu erreichen. Wir wehren uns gegen diesen Angriff auf die Eigentumsgarantie. Um ihr Vorhaben durchzusetzen, haben die Linken mit tatkräftiger Unterstützung der CVP die Vorlage so ausgestaltet, dass die geburtenstarken Jahrgänge, welche auch an der Abstimmungsurne zahlreich sind, als einzige Generation krass von der „Reform“ bevorteilt werden. Dies mag abstimmungstaktisch klug sein, schafft aber eine Zweiklassen-AHV und damit gewaltige Ungerechtigkeiten zwischen den Generationen: Die Babyboomer (20 Jahrgänge!) werden vor BVG-Kürzungen geschützt und erhalten zusätzlich 840 Franken mehr AHV, während 2,2 Millionen bestehende Rentner leer ausgehen, eine höhere Mehrwertsteuer bezahlen müssen – und dies bei gleichzeitiger Aufhebung der AHV-Freibeträge inkl. höheren Lohnabgaben für weiterarbeitende Rentner.

#### 3. Generationengerechtigkeit bewahren

Um das Drei-Säulen-System der Altersvorsorge wird die Schweiz international beneidet. Es ist ein austariertes System, das Solidarität genauso wie Eigenverantwortung ins Zentrum stellt. Die Verteilung der Finanzierungsrisiken auf die verschiedenen Säulen sichert auch den Generationenvertrag, indem

keine Generation einseitig belastet wird. Eine Schwächung der 2. Säule zu Gunsten der AHV geht klar auf Kosten der jüngeren Generationen, welche die AHVplus-Initiative wuchtig ablehnten, weil sie immer weniger Vertrauen in die AHV haben. Wir wollen ein generationengerechtes Rentensystem und keine unfaire, unfinanzierte „Zückerchen“-Lösung, welche das Budget des Bundes massiv belastet, Bezüger von Ergänzungsleistungen und die heutigen Rentner schlechterstellt, während in Zukunft auch Millionäre mit 70 Franken mehr AHV beglückt werden.

#### 4. Wie weiter nach der Ablehnung der Altersvorsorge 2020

Die FDP will am Drei-Säulen-System festhalten und dessen Fundament stärken, anstatt die Säulen ideologisch gegeneinander auszuspielen. Nach der Ablehnung der unfairen Ausbaulösung Altersvorsorge2020 durch das Volk, sollen Bundesrat und Parlament rasch erste Schritte zur kurzfristigen Sicherung der Altersvorsorge an die Hand nehmen. Voneinander unabhängige Reformpakete - welche die Säulen weder vermischen, noch gegeneinander ausspielen - sollen etappenweise dem Volk vorgelegt werden:

- › **Angleichung des Rentenalters zwischen den Geschlechtern auf 65, Erhöhung der Mehrwertsteuer um 0,6 % zu Gunsten der AHV (zur Kompensation der demographischen Lasten; volles Demographie Prozent in die AHV) und Flexibilisierung des Rentenalters:** Die erste Reformvorlage soll sich auf die AHV fokussieren und verhindern, dass Schuldenberge aufgebaut werden. Die erwähnten Kernelemente dieser Vorlage wurden von allen Parteien im Parlament angenommen. Die Vorlage kann 2020 in Kraft gesetzt werden und würde die AHV aus einer Schuldenspirale retten. In der „Altersvorsorge2020“, welche am 24. September zu Abstimmung kommt, werden diese Massnahmen missbraucht, um Rentenerhöhungen zu finanzieren. Wir fordern, dass die erwähnten Massnahmen der finanziellen Sicherung der AHV dienen.
- › **Senkung des Mindestumwandlungssatzes im BVG auf 6 % mit Kompensationsmassnahmen zum Erhalt des Rentenniveaus:** Die Notwendigkeit einer Senkung des Mindestumwandlungssatzes und von Kompensationsmassnahmen im BVG waren in beiden Räten grundsätzlich unbestritten. Eine separate Vorlage soll die systemwidrige Umverteilung innerhalb des BVG stoppen, indem der Umwandlungssatz gesenkt wird. Das Kompensationsmodell soll sich an der unterlegenen Lösung der Einigungskonferenz orientieren, welche im Rentensystem – nebst der Sanierung – auch wichtige Modernisierungen vorgenommen hätte: Ältere Arbeitsuchende sollen von mit dem Alter ansteigenden BVG-Lohnabzügen befreit werden und Teilzeit- und Mehrfachbeschäftigte sollen einen besseren BVG-Schutz und damit höhere BVG-Renten erhalten. Davon würden im Rentenalter insbesondere auch Frauen oder schlechter Verdienende profitieren.
- › **Modernisierung und technische Reformelemente:** Weniger dringliche und unbestrittene Massnahmen, welche Teil der Altersvorsorge2020 waren, sollen in einer separaten Vorlage behandelt werden.

#### 5. Den Wählern nicht Sand in die Augen streuen

Es ist klar: Die oben beschriebenen Punkte sind nur ein erster, kurzfristiger und wichtiger Schritt, um die Altersvorsorge für die Zukunft fit zu machen. Wer predigt, das Rentensystem könne sich dem Wandel der immer mehr ansteigenden Lebenserwartung und des Renteneintritts der Babyboomer-Generation entziehen, streut den Wählern Sand in die Augen. Die FDP hat mit der AHV-Schuldenbremse einen konkreten Vorschlag gemacht, wie der Rentenkollaps verhindert werden könnte. Die Räte haben diese Schuldenbremse abgelehnt, obwohl damit nur ein Sicherheitsnetz für schwierige Zeiten unter die AHV gespannt worden wäre. Nun stehen der Bundesrat und die anderen Parteien in der Verantwortung aufzuzeigen, dass sie willig sind und den Mut haben, ehrliche Politik zu betreiben. Statt populistische Rentenversprechen zu machen, welche der AHV schaden, will die FDP die Sozialwerke sichern. Wir wollen Reformen, welche den Generationenvertrag respektieren, die finanziellen Probleme des Rentensystems nachhaltig lösen, das Rentenniveau erhalten und das Gesamtsystem stärken, anstatt die Säulen gegeneinander auszuspielen – **aus Liebe zur Schweiz!**